

Warum gibt es so wenige Maßnahmen, um den Klimawandel zu verlangsamen?

Wissenschaftler:innen haben schon vor vielen Jahren entdeckt, dass wir ein großes Problem mit dem Klima bekommen werden. Sie haben gewarnt, dass wir aufhören müssen, Öl und Gas zu verbrennen. Große Konzerne haben alles getan, um das zu verhindern – sie wollten ja weiter Geld mit Öl und Gas verdienen. Sie haben behauptet, dass die Menschen gar keinen Einfluss auf das Klima haben und es keinen Klimaschutz braucht. Wir Grüne setzen uns seit unserer Gründung für dieses Thema ein. Aber die Politik auf der ganzen Welt hat viel zu lange kaum etwas unternommen.

Auch heute wollen manche Länder nicht beim Klimaschutz mitmachen. Die Ölindustrie ist immer noch stark und kämpft gegen den Klimaschutz. Manche Politiker:innen glauben, dass sie nicht mehr gewählt werden, wenn sie etwas unternehmen. Sie trauen sich zum Beispiel nicht zu sagen, dass Autos ein bisschen langsamer fahren sollen – obwohl das für den Klimaschutz viel bringen würde. Manche Menschen haben auch Angst, dass alles schlechter wird, wenn sich etwas verändert.

Aber niemand muss Angst haben vor Klimaschutz. Wenn wir jetzt richtig handeln, können wir eine bessere Zukunft haben: Ein stabiles Klima, weniger Hitze, saubere Luft und klares Wasser.

Wenn wir zu wenig für den Klimaschutz machen, werden wir bald große Probleme haben: mehr Stürme, Überschwemmungen und Hitzewellen.

Deshalb müssen wir alle zusammenarbeiten und den Klimaschutz ernst nehmen. Wir müssen bei Wahlen dafür sorgen, dass die Parteien, denen die Erde egal ist, nicht mehr so viel Macht haben. Wir alle können mithelfen, wenn wir Energie sparen, weniger Müll produzieren, öfter zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind und weniger Fleisch essen. So bleibt die Erde ein guter Ort zum Leben für uns und für zukünftige Generationen.

---

Was können Sie gegen den Klimawandel unternehmen?

Wir Grüne haben in der Regierung viel weitergebracht, um die Umwelt zu schützen und eine bessere Zukunft zu schaffen:

- Österreich will bis 2040 klimaneutral werden. Damit das gelingt, investieren wir jährlich eine Milliarde Euro in den Ausbau von Strom aus Sonne, Wind und Wasser.
- Zum ersten Mal sinken die klimaschädlichen Treibhausgase – wir sind also auf dem richtigen Weg.
- Es gibt so viel Geld wie noch nie für sauberen Strom, immer mehr Menschen haben ein eigenes Sonnenkraftwerk auf dem Dach.
- Schädliches CO<sub>2</sub> hat erstmals einen fairen Preis. Das eingenommene Geld wird an alle Menschen mit dem Klimabonus zurückgegeben. Die allermeisten bekommen so mehr, als sie bezahlen – nur die reichsten 10 % zahlen mehr, weil sie sehr viel CO<sub>2</sub> verbrauchen.
- Besonders klimaschädliche Autos werden teurer, umweltfreundliche Elektro-Autos günstiger.
- Wir machen die Industrie – also z.B. die Herstellung von Stahl – klimafreundlich.

- Wir unterstützen die Menschen dabei, ihre alten, schmutzigen und teuren Heizungen auszutauschen. Dreiviertel oder sogar die vollen Kosten für die neue klimafreundliche Heizung bezahlt der Staat.
- Mit dem Klimaticket ist man günstig und klimafreundlich in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in Österreich unterwegs. Zum 18. Geburtstag bekommt man das Klimaticket sogar für ein Jahr gratis.
- Der Bau der Lobauautobahn mitten durch ein Naturschutzgebiet wurde gestoppt.
- Es gibt mehr Geld für den Ausbau der Bahn, für Radwege und für Elektro-Räder.

Klar ist auch: In fünf Jahren in der Regierung lässt sich nicht alles fertig umsetzen. Es muss noch viel mehr passieren. Wir Grüne haben auch klare Ziele für die Zukunft, um Österreich umweltfreundlicher zu machen:

- Bis 2040 soll die gesamte Energie in Österreich aus sauberen Quellen wie Sonne und Wind kommen, und wir sollen viel weniger Energie verbrauchen.
- Die Wirtschaft muss klimafreundlicher und nachhaltiger werden.
- Förderungen müssen auf den Klimaschutz schauen, klimaschädliches Handeln darf nicht weiter belohnt werden.
- Wir müssen Trickserien mit Verschmutzungsrechten und falsche Scheinlösungen abstellen.
- Erdöl- und Gasunternehmen sollen mehr von ihren Gewinnen abgeben, dieses Geld soll in den Umweltschutz gehen.
- Klimaschädliche Projekte sollen gestoppt werden, vor Genehmigungen muss es einen CO2-Check geben.
- Wir Grüne haben schon lange ein Klimaschutzgesetz erarbeitet. Darin wird festgelegt, welcher Bereich (Industrie, Verkehr, etc.) wie viel CO2 ausstoßen darf und einsparen muss. Außerdem sollen alle neuen Gesetze nachweisen, dass sie dem Klima nicht schaden. Die ÖVP hat noch immer nicht zugestimmt – ohne sie gibt es keine Mehrheit im Parlament. Wir lassen aber nicht locker und tun alles, damit das Gesetz beschlossen wird.

---

Warum werden trotz der vielen Klimagipfel keine Fortschritte gemacht?

Trotz vieler Klimagipfel passiert noch immer zu wenig, weil sich viele Länder nicht einig werden. Große Firmen versuchen, Veränderungen zu verhindern. Viele Staatschefs ignorieren, wie wichtig Klimaschutz ist.

Es gibt aber auch gute Entwicklungen: Die EU ist mittlerweile eine Vorreiterin im Klimaschutz. Sie macht Gesetze, durch die alle Mitgliedsländer etwas für den Klimaschutz tun müssen. Und dem Beispiel der EU folgen jetzt auch Länder wie China. Dort werden die meisten neuen Windräder oder Sonnenkraftwerke aufgestellt, die Treibhausgase sinken auch hier – aber noch zu langsam. Es muss also noch viel mehr getan werden. Jedes Land muss seine Aufgaben machen. Auch die EU darf ihre entschlossenen Klimaschutzprojekte jetzt nicht wieder abstellen. Wir müssen alle für den Klimaschutz zusammenarbeiten. Denn schmutzige Treibhausgase halten sich an keine Landesgrenzen. Und die Klimakrise betrifft immer die ganze Welt.

---

Was halten Sie von einem Verbrennungsmotor-Verbot? Was ist Ihre Meinung zu Elektroautos als Alternative?

Ab 2035 sollen keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr verkauft werden. Und Europa soll keine Autos mehr mit Verbrennungsmotoren herstellen. Das ist wichtig, weil diese Motoren dem Klima stark schaden. Es gibt heute schon sehr gute Elektroautos, die sich als Ersatz eignen. Sogenannte „E-Fuels“ sind keine Lösung, weil sie fünfmal mehr Energie brauchen als Elektroautos. Und daran kann sich auch nicht mehr viel ändern, weil die Gesetze der Physik sich nicht einfach aufheben lassen.

---

Sollte die Sommer-/Winterzeit beibehalten werden? Warum?

Im Jahr 2018 gab es eine Umfrage in der EU, bei der die Mehrheit für eine Abschaffung der halbjährlichen Zeitumstellung war. Unklar ist geblieben, ob die Sommer- oder Winterzeit beibehalten werden soll. Uns ist am wichtigsten, dass es auch in Zukunft eine einheitliche Regelung gibt. Wir wollen nicht, dass z.B. in Deutschland die Winterzeit und in Österreich die Sommerzeit gilt. Weil das würde nur zu Verwirrung und Problemen führen, z.B. bei Zugfahrplänen.

---

Hat die Zeitumstellung langfristig mehr Vorteile oder Nachteile für die Gesellschaft?

Für eine Zeitumstellung spricht, dass das Tageslicht besser ausgenutzt werden kann. Aber es gibt auch Nachteile, zum Beispiel dass manche Menschen durch die Zeitumstellung Schlafprobleme haben. Es ist daher wichtig, dass diese Frage weiterhin diskutiert wird. Am Ende muss eine einheitliche Lösung in ganz Europa rauskommen, die auch eine breite Zustimmung findet.

---

Was halten Sie von der Idee, dass Öffis für Jugendliche gratis werden?

Wir Grüne wollen günstige und gut ausgebaute Öffis, damit möglichst viele Menschen sie nutzen können. Deshalb haben wir das Klimaticket durchgesetzt, mit dem man für 3 Euro am Tag klimafreundlich, sicher und bequem mit allen Öffis in ganz Österreich unterwegs ist. Junge Menschen und andere Gruppen zahlen deutlich weniger. Zusätzlich haben wir den Bundesländern, also auch Tirol, mehr Geld gegeben, damit sie ihre Öffis günstiger machen und ausbauen können.

Viele Menschen sind mit dem Klimaticket vom Auto auf die Öffis umgestiegen. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Deshalb bekommen ab heuer alle jungen Menschen zum 18. Geburtstag ein

Gratis-Klimaticket für ein ganzes Jahr. Als nächsten Schritt prüfen wir, wie wir Öffis für alle Jugendlichen bis 18 Jahre gratis machen können. Das können wir Grüne aber nicht alleine entscheiden. Das Finanzministerium muss auch das nötige Geld dafür bereitstellen. Denn sonst fehlt den Öffi-Betrieben am Ende das Geld, das sie für neue Strecken, kürzere Wartezeiten und andere Verbesserungen brauchen.

---

Wie stehen Sie zur Migration von Menschen außerhalb der EU? Warum werden manche Migranten und Migrantinnen als ein Problem in der EU betrachtet, andere aber nicht? Was halten Sie von der Migration innerhalb der EU?

Wenn Menschen z.B. vor Krieg flüchten müssen oder aus anderen Gründen gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen, muss die EU ihnen Schutz geben. Dazu gehört z.B. Essen, Trinken und ein Dach über dem Kopf. Zumindest für die erste Zeit, bis diese Menschen wieder für sich selbst sorgen können. Die EU muss dabei Abmachungen einhalten, zu denen sich alle Länder verpflichtet haben: die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und das EU-Recht.

Das Problem: Wenn Menschen aus wirtschaftlichen Gründen in die EU kommen und hier arbeiten wollen, haben sie derzeit kaum die Möglichkeit dazu. Sie können eigentlich nichts anderes tun, als einen Asylantrag zu stellen. Aber das Asylsystem ist eigentlich für Personen gedacht, die gezwungen werden, ihr Land zu verlassen. Es ist also wichtig, dass wir es Menschen aus anderen Ländern besser ermöglichen, in die EU zu kommen. Wir brauchen auch dringend mehr Menschen, die hier arbeiten wollen – denn es gibt derzeit zu wenige Arbeitskräfte, z.B. in Betrieben und Krankenhäusern. Wichtig ist, dass diese Menschen genauso gut geschützt werden wie EU-Bürger:innen. Denn es darf keine Ausbeutung und keine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen geben.

---

Warum wird man an der Grenze zu Deutschland nach wie vor kontrolliert, obwohl es in der EU offene Grenzen geben sollte?

Wir Grüne finden, dass die offenen Grenzen innerhalb der EU eine der wichtigsten Errungenschaften sind. Mit den Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich wollen manche die Einreise zwischen den Ländern besser überwachen. In Wahrheit werden dadurch aber Familien und Freunde getrennt, Grenzen durch Nachbarschaften gezogen und die Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen erschwert.

Deshalb möchten wir die Grenzkontrollen innerhalb der EU beenden. Stattdessen setzen wir uns für einen geordneten Grenzschutz an den Außengrenzen der EU ein. Dabei müssen Menschlichkeit und Ordnung unter einen Hut gebracht werden. Denn Menschenrechte dürfen auch nicht an der EU-Grenze enden

---

Warum unternimmt die EU nichts gegen den Import von Produkten, die von Kindern hergestellt werden? Was spricht für und was gegen ein Lieferketten Gesetz?

Wir Grüne wollen ein starkes EU-Lieferkettengesetz – mit strengen Regeln und wirksamen Kontrollen. Große Unternehmen sollen an jedem Punkt der Lieferkette sicherstellen, dass Menschenrechte eingehalten werden, dass es keine Kinderarbeit gibt und die Umwelt geschützt wird.

Leider haben große Konzerne und konservative Regierungen das EU-Lieferkettengesetz abgeschwächt. Wichtige Forderungen sind dadurch nicht mehr im Text enthalten. Trotzdem ist die Richtlinie ein Meilenstein, durch den Unternehmen wesentlich mehr Verantwortung übernehmen müssen. Es gibt also mehr Gründe, die im ersten Schritt für dieses Lieferkettengesetz sprechen – bevor es gar keines gibt. Denn es braucht klare Regeln, damit keine Produkte mehr importiert werden, die von Kindern hergestellt wurden oder die die Umwelt zerstören. Bisher gab es nur freiwillige Selbstverpflichtungen, die viel zu wenig verbessert haben.

---

Was würden Sie von einem verpflichtenden Militärbündnis zwischen der NATO und der EU halten?

Wir sind gegen ein verpflichtendes Militärbündnis zwischen der NATO und der EU. Als neutraler Staat kann Österreich nicht der NATO beitreten. Das steht auch so in unserer Verfassung.

Österreich arbeitet aber seit 1994 in einer Partnerschaft für den Frieden mit der NATO und ihren Mitgliedern zusammen, die mit unserer Neutralität sehr wohl vereinbar ist. In den letzten Jahren ist diese Zusammenarbeit noch enger geworden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie notwendig das ist. Denn dadurch hat sich auch die Sicherheitslage in ganz Europa stark verändert. Wenn ein Diktator wie Putin ein demokratisches Land in unserer Nachbarschaft angreift, müssen all jene Länder stärker zusammenhalten, die Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit hochhalten. Auch Österreich und die anderen neutralen Länder in der EU leisten hier einen Beitrag – nicht mit Waffen oder mit dem Militär, sondern mit humanitärer Hilfe, Unterstützung für die Infrastruktur oder Minenräumung. Wir müssen auch in Zukunft immer darauf achten, dass dabei unsere Verfassung eingehalten wird.

---

Was ist Ihre Meinung zu Spionage auf den Sozialen Medien? (TikTok, Instagram, Snapchat...)

Spionage auf sozialen Medien bedeutet, dass jemand heimlich Informationen über dich oder andere sammelt, ohne dass man es weiß. Zum Beispiel könnten Leute auf TikTok, Instagram oder Snapchat nach Informationen darüber suchen, wo man wohnt, wo man Fußball spielt oder wo man gerne einkaufen geht. Das kann gefährlich sein, weil diese Informationen missbraucht werden können.

Wien ist ein Ort, an dem viele Spione arbeiten, weil sie dort keine Angst vor Strafen haben müssen. Zurzeit wird man nur bestraft, wenn man gegen Österreich spioniert. Das bedeutet, wenn jemand Informationen über die italienische Botschaft sammelt, ist das nicht verboten.

Wir denken, dass Spionage auf sozialen Medien oder anderswo strenger bestraft werden sollte. Das gilt besonders für Spionage gegen andere Länder in der EU oder gegen internationale Organisationen.

---

Würde sich ein Mindestlohn positiv oder negativ auf die einzelnen EU-Länder auswirken?

Das kann von Land zu Land sehr unterschiedlich sein. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist vor allem in jenen Ländern wichtig, in denen die Gewerkschaften schwach sind. In Österreich hingegen haben wir starke und einheitliche Gewerkschaften. Sie handeln sogenannte Kollektivverträge aus, von denen fast alle Berufe abgedeckt sind. Dadurch sind die Löhne meistens deutlich höher als der Mindestlohn, der in anderen Ländern per Gesetz gilt.

---

Warum bieten die Niederlande und Irland so einen massiven Steuervorteil für Internetfirmen wie Amazon oder Meta?

Einige Länder wie die Niederlande oder Irland haben große Firmen wie Amazon, Meta, Apple und Google angelockt. Sie wollten, dass diese Firmen gut bezahlte Jobs in ihrem Land anbieten. Im Gegenzug müssen diese Firmen dort fast keine Steuern zahlen. Ein Beispiel: In Irland muss Apple nur lächerliche 0,0005 % des Gewinns an Steuern zahlen. In anderen EU-Ländern wie Österreich wären es 23 %. Apple hat sich so in nur 10 Jahren gut 13 Milliarden Euro an Steuern gespart.

Das ist ein großes Problem, weil wir Steuern brauchen. Ohne Steuern gäbe es keine Schulen, keine öffentlichen Verkehrsmittel, kein Klimaticket, keine Kindergärten, keine Krankenhäuser. Die Milliarden an Steuern, die Irland und die Niederlande den Konzernen praktisch „geschenkt“ haben, fehlen jetzt in ganz Europa. Das ist nicht fair und das müssen wir in der EU ändern.

---

Was halten Sie vom Recht auf kostenlose Wohnungen für Obdachlose? Falls Sie dafür sind: Wie wollen Sie versichern, dass die Obdachlosen, die diese Wohnungen bekommen, auch wirklich dies als eine Chance für einen Neuanfang sehen werden? Und wie genau soll das finanziert werden?

Österreich kann und muss es sich leisten, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Wir Grüne haben auch den Willen dazu. Wir haben zum Beispiel den „Wohnschirm“ ins Leben gerufen, der sehr viele Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung bewahrt hat. Und wir haben das „Housing First“ Programm gestartet, durch das obdachlose Menschen wieder eine Wohnung bekommen. Genau in diese Richtung wollen wir auch weitergehen. Denn damit verbessern wir das Leben für viele Menschen stark. Und diese Programme kosten tatsächlich viel weniger Geld als die negativen Auswirkungen von Obdach- und Wohnungslosigkeit.

Damit eine solche Unterstützung wirkt, braucht es auch eine gute soziale Betreuung und Begleitung der Betroffenen. Denn hinter dem Verlust einer Wohnung stehen immer andere Probleme – eine Trennung, Schulden, Krankheit oder andere Ursachen. Es gibt leider keine Garantie, dass die Unterstützung in jedem einzelnen Fall erfolgreich ist. In den allermeisten Fällen ist ein Dach über dem Kopf aber der notwendige erste Schritt, dem viele weitere positive Veränderungen folgen: ein neuer Arbeitsplatz, eine bessere Gesundheit, neue soziale Kontakte und vieles mehr.

---